

Nr. 9, November 2006

Katja Kipping

Am Rande notiert: Das Grundeinkommen in der Programmdebatte der neuen Linkspartei

Während noch vor wenigen Jahren das Thema Grundeinkommen in der PDS komplett marginalisiert war, ist in den letzten Jahren sowohl die Zahl der Interessierten wie auch die Zahl der bekennenden Grundeinkommensfans enorm gestiegen. Dies findet auch in der Programmdiskussion im Zuge der Parteineubildung seinen Niederschlag.

So wurden im ersten Entwurf der programmatischen Eckpunkte u. a. folgende Fragen aufgeworfen:

1. Ist die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik?
2. Ist einem bedingungslosen Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger der Vorzug zu geben ist oder einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Menschen in sozialer Not?

Entlang dieser und anderer Fragen vollzog sich dann über Monate eine Programmdiskussion, in der die Debatte über das Für und Wider des BGE besonders viel Raum einnahm.

Zwischendurch gab es in der Bundestagsfraktion eine Abstimmung, darüber welches Modell Grundlage für die weitere parlamentarische Arbeit in der laufenden Legislatur bildet. Die Fraktion entschied sich für das Modell der bedarfsorientierten, repressionsfreien Grundsicherung. Zwar entschied sich die Fraktion damit auch dagegen, das BGE in der laufenden Wahlperiode als Gesetzentwurf einzubringen. Andererseits sprach sich die Fraktion dafür aus, dass ihr Grundsicherungsmodell Teilhabe gewährleisten soll, individuell – also ohne finanzielle Inhaftnahme von Partner/innen – und repressionsfrei ausgestaltet sein soll. Repressionsfrei bedeutet nach Verständigung in der Fraktion folgendes: „Die Zumutbarkeit von Arbeit muss neu geregelt werden, indem der Qualifikationsschutz gewahrt und Tarife bzw. das Mindestlohniveau eingehalten, die Regelungen zu Flexibilität und Fahrtzeiten verbessert werden und die politische und religiöse Gewissensfreiheit berücksichtigt wird.“ Qualitativ neu ist hier die politische und religiöse Handlungsfreiheit.

In den Programmatischen Eckpunkten, die am 22.10. von den Vorständen von WASG und Linkspartei.PDS zur Diskussion freigegeben wurden, ist die Auseinandersetzung mit dem Thema BGE und Arbeitszwang wie folgt enthalten: Wir treten ein für „...die Einführung einer bedarfsorientierten repressionsfreien sozialen Grundsicherung: Wer von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine individuelle, steuerfinanzierte, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben. [...] Den Zwang zur Aufnahme jeglicher Jobs lehnen wir ebenso ab wie erzwungene Erwerbslosigkeit. Wir diskutieren mit unterschiedlichen Partnern weiter über Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen...“. Damit ist zumindest die Debatte um das BGE in die Gründungsdokumente der neuen Linkspartei eingegangen.